

pax christi unterstützt die Initiative Lieferkettengesetz

Damit setzen wir uns ein für einen gesetzlichen Rahmen, der deutsche Unternehmen verpflichtet, Menschen- und Umweltrechte auch bei Geschäften im Ausland zu achten. Am Beispiel thyssenkrupp zeigen wir auf, wie die Situation heute ist – und machen damit deutlich wie wichtig es ist, dass unternehmerische Verantwortung entlang der gesamten Lieferkette vom Rohstoffabbau bis zum Endprodukt gelten muss. Damit diese Verantwortung nicht dem Gutdünken der einzelnen Akteure überlassen bleibt, braucht es eine gesetzliche Regelung.

Was haben Batterien und Burundi miteinander zu tun?

thyssenkrupp bezieht einen Teil seiner Seltenen Erden, wie sie in der Batterieproduktion und überhaupt in den sogenannten Zukunftstechnologien Verwendung finden, aus dem zentralafrikanischen Burundi. Burundi ist eines der ärmsten Länder der Erde. Mehr als 72 Prozent der Bevölkerung hat weniger als 1,90 Dollar pro Tag zum Leben.

Die Mine in Gakara südlich der Hauptstadt Bujumbura gilt als eine der reichhaltigsten Vorkommen für Seltene Erden weltweit und wird von der in Guernsey registrierten Firma Rainbow Rare Earths (RRE) betrieben. Die Exploration begann bereits in der belgischen Kolonialzeit, doch erst nach dem rasanten Preisanstieg bei Seltenen Erden in den letzten Jahren hat RRE diese Mine in großem Maßstab ausgebaut. Bis Juni 2019 wurden hier von RRE 1325 Tonnen Rohstoff produziert, die auf der Basis eines Exklusivvertrags vollständig an thyssenkrupp Materials Trading gingen und über den Tiefseehafen im kenianischen Mombasa in den Norden der Welt verschifft wurden.

Die mit diesem Unternehmen verbundene menschenrechtliche Problematik war bereits 2018 Inhalt einer Kleinen Anfrage im Bundestag, nachdem mehrere Anfragen von Nichtregierungsorganisationen – unter anderem von pax christibei *thyssenkrupp* unbeantwortet geblieben waren:

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/030/1903048.pdf.

Die Geschäftsverbindungen von *thyssenkrupp* zu *RRE* sind an sich unauffällig. In den letzten Jahren ist weder in Presseerklärungen noch in Jahresberichten von der Verbindung die Rede. Im Januar 2020 meldeten zuletzt die Medien einen Verkauf von 75 Tonnen an Seltenen Erden an *thyssenkrupp*:

https://www.morningstar.co.uk/uk/news/AN_1580475186141094500/rainbow-rare-earths-exports-an-additional-75-tonnes-of-concentrate.aspx

Bei der Hauptversammlung 2020 hat sich *thyssenkrupp* routinemäßig zum Vorwurf der Missachtung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten geäußert: https://d2zo35mdb530wx.cloudfront.net/_legacy/UCPthyssenkruppAG/asset s.files/media/investoren/hauptversammlung/hauptversammlung-de/2020/gegenantraege hv 2020 deutsch-stellungnahme.pdf



Die <u>Initiative Lieferkettengesetz</u> schafft einen gesetzlichen Rahmen, um Unternehmen dazu zu verpflichten, auf Menschen- und Umweltrechte zu achten.



Thyssenkrupp bezieht einen Teil seiner seltenen Erden aus Burundi.



Interne Regeln der Firmen reichen nicht

thyssenkrupp betont im Jahresbericht, dass der Konzern seiner Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette wahrnähme und sich bemühe, die Themen Nachhaltigkeit und Menschenrechte in verschiedenen Richtlinien und Prozessen integrieren. thyssenkrupp bekennt sich zu einem firmeneigenen Supplier Code of Conduct (Einhaltung von Menschenrechten, Arbeitsschutz, soziale und ökologische Standards und Verhinderung von Korruption). Die Einhaltung dieser Richtlinien wird allerdings gemäß eigenen Angaben nur bei "ausgewählten Lieferanten" kontrolliert. Es gab in letzten sechs Jahren bei Lieferanten des gesamten Konzerns nach firmeneigenen Angaben ca. 800 Audits in diesem Sinne, die allerdings firmenintern behandelt werden. Ein unabhängiges Monitoring findet nicht statt. Der Ansatz des viel diskutierten Lieferkettengesetzes ist, die Verantwortung entlang der gesamten Wertschöpfungskette transparent zu machen und gleichzeitig rechtlich verbindlich zu gestalten. Dies ist, wie man hier sehen kann, derzeit nicht der Fall.

Auch der Jahresbericht 2019 von *RRE* betont den hohen Wert von unternehmerischer Verantwortung von RRE in Burundi: http://rainbowrareearths.com/wp-content/uploads/2017/05/RBW-2019-Annual-Report-website.pdf

Im Einzelnen gibt der Bericht allerdings wenig konkrete Informationen weiter. Unklar ist etwa, wie stark die Radioaktivität durch den Bodenaushub ist. Sie soll angeblich nur gering sein. Aus vergleichbaren Minen im Nordkivu (DR Kongo), in denen Coltan aus ähnlichen Erdschichten gefördert wird, weiß man aber, dass die radioaktive Belastung eine schwerwiegende Belastung darstellen kann.

Burundi ist eines der ärmsten und korruptesten Länder der Erde

Die nationalen Wahlen in Burundi am 20. Mai – unter Missachtung der Korona-Krise – und der überraschende Tod des alten Präsidenten Pierre Nkurunziza haben den ehemaligen General Evariste Ndayishimiye als den starken Mann im Lande erwartungsgemäß bestätigt. Er ließ sich mit fast 69 Prozent der Wählerstimmen und mit dem Segen Nkurunzizas an die Spitze des Staates hieven. Der gemeinsame Kandidat der Opposition Agathon Rwasa kommt der nationalen Wahlkommission zufolge auf lediglich rund 24 Prozent der Stimmen. Diese Zahlen sind nach Ansicht unabhängiger Beobachter gefälscht. RRE hat dagegen sein Beileid über den Tod von Nkurunziza umgehend zum Ausdruck gebracht:

https://twitter.com/RainbowREarths/status/1271793788747427841

Burundis Regierung hat in den letzten Jahren eine zunehmend autoritäre Herrschaftsform entwickelt. Die Oppositionsparteien werden systematisch kaltgestellt. Der Präsident der Burundi-Untersuchungskommission der Vereinten Nationen, Doudou Diène, bezeichnete die vergangene nationale Wahl und deren Ergebnisse als unglaubwürdig. Internationale Beobachter waren nicht zugelassen. Die von der nationalen Wahlkommission am 25. Mai veröffentlichten Ergebnisse lassen viele Fragen offen. Beispielsweise erzielten die drei Parteien CNDD-FDD, CNL und UPRONA in drei verschiedenen Regionen angeblich jeweils die exakt gleiche Zahl an Stimmen. In einer Provinz haben die drei Parteien zusammen das Vierfache der abgegebenen Stimmen erhalten und in einer Gemeinde gab es nach den von der CENI veröffentlichten Zahlen eine Wahlbeteiligung von 102 Prozent.

Aktiv werden

Informieren Sie sich <u>hier</u> weiter über Angebote und Aktivitäten der Kommission Solidarität mit Zentralafrika.

Aktiv werden

Eine aktuelle repräsentative Umfrage von infratest dimap zeigt, dass 75 Prozent der Befragten für ein Gesetz aussprechen, mit dem deutsche Unternehmen künftig dafür sorgen müssten, dass ihre Produkte nicht unter Verletzung von Menschenrechten im Ausland hergestellt werden. 91 Prozent der Befragten geben an, dass es Aufgabe der Politik sei, dafür zu sorgen, deutsche dass Unternehmen auch bei ihren Auslandsgeschäften schenrechte und Sozialstandards achten.

Setzen Sie sich ein für ein Lieferkettengesetz!

Das Beispiel RRE und seine engen, aber wenig transparenten Geschäftsbeziehungen zu Thyssenkrupp zeigen, wie wichtig die Einführung eines effektiven Lieferkettengesetzes auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene ist. Transparenz in der gesamten Wertschöpfungskette von der Mine bis zum Endabnehmer kann nur durch unabhängige Institutionen hergestellt werden. Firmeneigene Ethikregeln können diese wichtige Ergänzung im Gesetzesrahmen für Wirtschaften verantwortliches nicht ersetzen. Dafür muss ein rechtlicher Rahmen eingerichtet werden, der letztlich auch im Sinne einer verantwortlichen Wirtschaftsführung ist.



Kontakt

pax christi – Deutsche Sektion e.V. Feldstraße 4, 13355 Berlin 030-20076780 sekretariat@paxchristi.de www.paxchristi.de Die internationale katholische Friedensbewegung arbeitet ökumenisch, verbindet Gebet und Aktion und tritt in über 60 Ländern für Frieden und Gerechtigkeit ein. Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen

Autor*innen: pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika Erscheinungsdatum: Oktober 2020

